

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Montags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Hefungsblätter der Staatsdruckverwaltung, Holzplanken-Verkaufsblätter der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 177

Dresden, Freitag, 1. August

1930

Austausch deutsch-türkischer Ratifikationsurkunden.

Berlin, 1. August.

Western sind im künftigen Rat mit dem türkischen Geschäftsträger, Konsulstrat Vahit Resit Bey, die Ratifikationsurkunden zu dem zwischen dem Deutschen Reich und der türkischen Republik abgeschlossenen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag ausgetauscht worden. Der Vertrag wird am 1. September 1930 in Kraft treten.

Reichseinnahmen und -ausgaben im Juni.

Berlin, 1. August.

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums haben im Monat Juni die Einnahmen (abes in Millionen Mark) im ordentlichen Haushalt 432,4 und für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 6. 1930 1701,8, die Ausgaben 600,1 bzw. 1266,6 betragen, so daß sich eine Mehrausgabe von 107,7 bzw. 224,8 ergibt. Im außerordentlichen Haushalt betragen die entsprechenden Einnahmen in der Einnahme 293,5 (darunter 100,5 aus der Auflösung des Referendatsfonds des Reichsausschusses für die verpfändeten Einnahmen) bzw. 590,4 (darunter aus Anleihen 487,1) und in der Ausgabe 13,8 bzw. 142,7, so daß für Juni eine Mehreinnahme von 279,7, für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 6. eine Mehreinnahme von 416,7 entstanden ist.

Der Abschluß stellt sich wie folgt: für den ordentlichen Haushalt: Fehlbetrag aus den Vorjahren . . . 465,0, Mehrausgabe aus den Monaten April bis Juni 1930 . . . 224,8, mithin Fehlbetrag Ende Juni . . . 689,8; für den außerordentlichen Haushalt: Fehlbetrag aus dem Vorjahr . . . 771,7, Mehreinnahme aus April-Juni . . . 446,7, mithin Fehlbetrag Ende Juni . . . 325,0; insgesamt Fehlbetrag (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt) . . . 1014,8.

Der Kassensollbestand des Reiches betrug am 30. 6. 1930 1366, von denen 1340 verwendet worden sind, so daß ein Restbestand bei der Reichskasse und den Außenstellen von 26 vorhanden war. — Die schwebende Schuld hat sich von 1479,0 Ende Mai auf 1387,0 Ende Juni vermindert.

Aufhebung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag für die festverzinslichen Wertpapiere.

Berlin, 1. August.

Durch das Gesetz vom 9. Juni 1930 ist die Reichsregierung ermächtigt worden, mit Zustimmung des Reichstags und eines Ausschusses des Reichstags auf dem Gebiete des Steuerabzugs vom Kapitalertrag bei festverzinslichen Wertpapieren steuerliche Erleichterungen zu treffen. Der Reichsminister der Finanzen hatte im Juni dem Reichstag und dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung überhandelt, wonach der Steuerabzug vom Kapitalertrag bei festverzinslichen Wertpapieren für die Steuern, die nach dem 2. Januar 1931 fällig werden, aufgehoben werden soll. Der Reichstag hat dieser Verordnung bereits zugestimmt. Der Steuerauschuß des Reichstages wollte diese Verordnung in einer Sitzung beraten, die auf den 18. Juli 1930 angesetzt war. Wegen der Auflösung des Reichstages konnte die Sitzung nicht mehr stattfinden. Der Reichsminister der Finanzen beabsichtigt nunmehr, den Entwurf dieser Verordnung dem Reichstag zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung (Überwachungsamt des Reichstages) zur Zustimmung vorzulegen.

Demeter der Landvolkpartei beigetreten.

Berlin, 1. August.

Wie die Landvolkpartei erfahren ist, hat aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschiedene Reichstagsabgeordnete Demeter zur Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei beigetreten. Er wird bereits an der Vorstandssitzung der Landvolkpartei der Provinz Sachsen, die deren Vorsitzender Landrat a. D. Dr. Gerke (Dessau) für Sonntag zur Auflösung der Landvolkpartei nach Halle einberufen hat, teilnehmen.

Staatssekretär z. D. v. Simson über die Saarfragen.

Köln, 1. August.

Der Führer der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Saarverhandlungen, Staatssekretär z. D. v. Simson, erklärte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung“ über den Stand der Saarfragen u. a.: Die Verhandlungen sind bekanntlich wegen der Unmöglichkeit einer Einigung in der Grubenfrage suspendiert worden. In der Grubenfrage haben sich die französische Delegation, die eine Lösung auf der Grundlage einer französischen Beteiligung am Betrieb der Saargruben zum Ziele hatte, und die deutsche Delegation, die eine Lösung auf der Grundlage der Rückführung der Gruben in das Eigentum und den Betrieb ihrer früheren Besitzer, des preussischen und des holländischen Staates, zurückgeführt werden sollte, unvereinbar gegenüber. Der Bedarf der französischen Industrie an Saarsteine hätte sich sehr wohl durch langfristige Lieferungsverträge sicherstellen lassen. Die deutsche Delegation wäre zum Abschluß solcher Verträge bereit gewesen, hat aber keine Gelegenheit gehabt, ihre Vorschläge näher zu entwickeln. Die deutsche Delegation hatte nicht mehr eine Frage der reinen Kohlenwirtschaft zu lösen, sie hatte vor allem die Stellungnahme der Saarbevölkerung zu berücksichtigen. Es war nur der selbstverständliche Wunsch des Volkes der nationalen Zusammengehörigkeit, wenn die deutsche Regierung und die deutsche Delegation sich bei den Verhandlungen in enger Übereinstimmung mit der Saarbevölkerung hielten und nur solche Lösungen ins Auge faßten, die der Zustimmung dieser Bevölkerung sicher war. Bei den Verhandlungen bin ich auf französischer Seite wiederholt der Ansicht be-

gegnet, daß das Ergebnis der Volksabstimmung im Saargebiet keineswegs so sicher sei, wie deutscherseits angenommen werde. Ich weiß nicht, auf welchen Quellen die französischen Informationen über die voraussichtliche Haltung der Saarbevölkerung beruhen. Jedenfalls sind sie falsch. Auf deutscher Seite besteht die feste Gewissheit, daß sich bei einer Abstimmung eine Stimmenmehrheit von nahezu hundert Prozent für Deutschland ergeben würde. Das bisherige Ergebnis der Verhandlungen ist gewiß unbefriedigend. Sollte Deutschland auch die weitergehenden französischen Forderungen angenommen, so hätte es Zugeständnisse gemacht, die noch weit über den Versailles Vertrag hinausgingen und von der Saarbevölkerung einmütig abgelehnt worden wären. Die Verhandlungen waren aber doch nicht wertlos. Das Problem mit all seinen, zum Teil sehr wirtschaftlich und juristisch außerordentlich schwierigen Fragen ist aufgeworfen und eingehend erörtert worden, auch haben sich in einigen Fragen bereits annehmbare Lösungsmöglichkeiten abgezeichnet. Ich gebe daher die Hoffnung nicht auf, daß es gelingen wird, die Verhandlungen auf einer neuen erfolgversprechenden Grundlage wieder aufzunehmen. Daß der deutsche Standpunkt nicht geändert werden kann, liegt auf der Hand. Die Einigung wird in dem Augenblick möglich sein, wenn Frankreich vor allem zu der Erkenntnis gelangt, daß das oberste Ziel der Verhandlungen nicht die Befriedigung gewisser materieller Interessen ist, sondern die Vereinigung einer politischen Restfrage aus dem Kriege zum Vorteil für die deutsch-französische Verständigung und die Befriedung Europas.

Sammlung der Mitte ohne die Staatspartei.

Die Bemühungen Dr. Scholz' für einen gemeinsamen Wahlausruf ergebnislos verlaufen.

Der Sammelausruf gescheitert.

Berlin, 1. August.

Als Vertreter der Konservativen Volkspartei, der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, der Deutschen Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei trafen am Donnerstagabend die Abgeordneten v. Lindener-Wildau, Wetzel, Koch-Weser, Kempfer und Sachsenberg zusammen, um sich dem gestrigen Beschluß entsprechend über ein Programm zu einigen, das die Grundzüge zu einer zukünftigen staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zur Behebung der Staats- und Wirtschaftskrisis enthalten sollte. Zu Beginn der Sitzung wurde zu der Anregung des Abgeordneten Dr. Scholz, in einem gemeinsamen Wahlausruf die Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Regierung in der Finanzreform und zur Bildung einer Fraktiongemeinschaft im neuen Reichstag auszusprechen, von Abgeordneten Koch-Weser für die Deutsche Staatspartei erklärt, daß sie einen gemeinsamen Ausruf unterstützen werde, der angesichts der Gefahren für Reich und Volk die Notwendigkeit einer durchgreifenden Finanzreform betont, wenn auch die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei zur Mitunterzeichnung bereit sind. Entschuldigungen über Fraktionsgemeinschaften können von der Deutschen Staatspartei nicht heute, sondern erst nach den Wahlen in Ansehung der Zusammensetzung des Reichstages getroffen werden. Das ist um so mehr der Fall, als auch am Mittwoch schon unsere Forderung, schließlich, daß auf keinen Fall ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten in

Frage kommen dürfe, abgelehnt wurde. Die Deutsche Staatspartei hat bereits die Erklärung abgegeben, daß sie als ihre nächste Aufgabe im neuen Reichstag die Unterstützung einer Regierung anstrebt, die die Finanzkrise durch entschlossene und wirksame Maßnahmen beseitigt. Sie verlagert sich also nicht der Mitwirkung in einer Staatsform. Sie ist der Ansicht, daß die notwendige Geschlossenheit im Wahlausruf sich nur erreichen läßt, wenn verantwortungsbewußte, staatsdienliche Kräfte in einer großen Partei gesammelt sich einsehen. Sie betont nochmals, daß sie es begrüßen würde, wenn führende Kreise der Deutschen Volkspartei sich dem Schritt, der zur Staatspartei führt, in voller Gleichberechtigung in Führung und Mitbestimmung anschließen.

Hieraus erklärten die übrigen Parteien, daß eine neue Situation geschaffen sei, und beschlossen, heute nachmittags ohne die Staatspartei zusammenzukommen, um einen gemeinsamen Wahlausruf zu beschließen und über eine Fraktiongemeinschaft eine Einigung herbeizuführen.

Zu Kreisen der Deutschen Volkspartei wird das Scheitern der Verhandlungen über die Sammlung der vier Parteien der Mitte außerordentlich bedauert. Wie wir erfahren, werden die Bestrebungen aber fortgesetzt werden, freilich unter Ausschluß der Staatspartei, und zwar ist bereits verabredet worden, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Konservativen Partei heute abend erneut zusammenkommen. Die Vertreter dieser drei Parteien haben sich naturgemäß noch freie Hand vorbehalten, sie haben aber übereinstimmend zu er-

R 100 den Ozean überquert und gelandet.

Montreal, 1. August.

Das Luftschiff R 100 ist nach Beendigung seiner transatlantischen Fahrt am 4.20 Uhr (Zeit) (10.20 Uhr Mitteleuropäischer Zeit) auf dem Flugplatz St. Hubert glatt gelandet.

lassen gegeben, daß sie ernstlich auf ein engeres Zusammengehen hinarbeiten wollen. Dieses Zusammengehen dürfte sich, wie es zunächst für die vier Parteien beabsichtigt war, ebenfalls auf den gemeinsamen Wahlausruf erstrecken, darüber hinaus aber auch auf die fraktionellen Konsequenzen, von denen vorgezogen die Rede war. Alle drei Parteien sehen gerade hierin das Kernstück der Einigungsbemühungen und das ist auch der Grund dafür, daß die Verhandlungen mit der Staatspartei nicht fortgesetzt werden, um wenigstens einen gemeinsamen Wahlausruf zustande zu bringen. Nach der Auffassung der Deutschen Volkspartei würde die Einbeziehung von Zentrum und Bayerische Volkspartei den ursprünglichen Gedanken vollkommen ändern und die Möglichkeit des fraktionellen Zusammengehens im neuen Reichstag in den Vordergrund drängen. Unter diesen Umständen hält man den Zusammenschluß auf der durch das Aufschreiben der Staatspartei aus dieser Kombination nunmehr verkleinerten Basis immer noch für das Vorteilhafteste. Es gilt auch nicht als ausgeschlossen, daß die Landvolkpartei noch hinzutritt. Ihre Spitzenorganisation tritt aber erst Mitte nächster Woche zusammen, und deshalb ist eine Entscheidung von dieser Seite nicht früher zu erwarten.

Die Weiterverfolgung der Zusammenschlußbestrebungen entspricht auch der Stimmung, die in der gestrigen Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei, wie berichtet wird, mit absoluter Einmütigkeit zum Ausdruck kam. Die Führung der Deutschen Volkspartei läßt sich dabei auch von dem Gesichtspunkt leiten, daß niemand weiß, wie lange der nächste Reichstag überhaupt am Leben bleibt, und wie notwendig vom Standpunkt der bürgerlichen Mitte aus eine Sammlungsbasis gerade dann sein würde. Auch bei der Wirtschaftspartei und den Konservativen ist man durchaus in dieser Richtung eingestellt, und so geht die Stimmung in den Kreisen dieser drei Parteien dahin, daß die eifrigste Einigung zwischen ihnen in den nächsten Tagen zustande kommen wird. Man glaubt, daß sogar schon heute abend ein positives Ergebnis erreicht werden kann.

Der Reichsarbeitsminister zur Vergebung öffentlicher Aufträge.

Berlin, 1. August.

Reichsarbeitsminister veranlaßt, die Beschäftigungsstellen daran hinzuweisen, daß es nicht angängig ist, öffentliche Aufträge an solche Firmen zu vergeben, die in den Beziehungen zu ihren Arbeitnehmern ein offenbar unsoziales Verhalten an den Tag legen oder durch ungerechtfertigte Überstunden oder Maschinenleistungen, die nicht in der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Betriebes begründet sind, den Zwecken der Arbeitsbeschaffung entgegenstehen.

Reichsbanner und Antifriedensgebund.

Berlin, 1. August.

Die „Germania“ beschäftigt sich mit der Werbung der „Deutschen Zeitung“, daß die Gauleitung Berlin des Reichsbanners die Beteiligung der Berliner Reichsbannergruppen an der heutigen Antifriedensgebund angeordnet habe und schreibt dazu: „Wir haben uns wiederholt mit dem Reichsbanner und seiner parteipolitischen Einseitigkeit beschäftigt. Wir haben, nachdem die Leitung zur Neutralität mahnte und Schritte zu ihrer Erhaltung und Durchführung ergriffen, zunächst abgewartet, was kommen wird.“ In diese Mitteilung der „Deutschen Zeitung“ wahr, dann haben Zentrumskreise im Reichsbanner keinen Platz mehr.

Von der Leitung des Reichsbanners löten wir zu der Angelegenheit, daß eine Beteiligung des Reichsbanners in geschlossenen Formationen an der Antifriedensgebund nicht in Frage kommt. Das Reichsbanner bezieht sich lediglich auf Anfordern der Sozialdemokratischen Partei als Schutz- und Ordnungsgewalt.

Die Besprechung der Thüringischen Minister.

Weimar, 1. August.

Staatsminister Dr. Rüfner, der gegenwärtig die gesamten Regierungsgeschäfte in Weimar führt,